

NIEDERSCHRIFT Nr.: 12/L

über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

am Mittwoch 10.08.2016, um 16.05 Uhr

12. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16.05 Uhr

Sitzungsende: 18.05 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Senator Martin Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen
Herr Dr. Thomas vom Bruch für Herrn Jörg Kastendiek
Frau Sülmez Dogan
Frau Susanne Grobien
Herr Björn Fecker
Herr Andreas Kottisch (Vorsitzender)
Herr Sascha Lucht
Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner
Herr Dieter Reinken für Herrn Jens Crueger
Herr Klaus-Rainer Rupp
Herr Christian Schäfer
Herr Uwe Schmidt
Herr Elias Tsartilidis

Von der Verwaltung

Herr Bruns	Herr Dr. Kühling
Herr Brunßen	Frau Niestädt
Herr Cordßen	Herr Peters
Herr Drücker	Herr Sengstake
Herr Helmbrecht	Herr Staatsrat Siering
Frau Jansen	Frau Stellmacher
Herr Krämer	Herr Wiebe

Gäste

Frau Geber (WFB)
Herr Howe(bremenports)

Abg. Kottisch eröffnet die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen. Er schickt voraus, dass unter TOP 14 eine Tischvorlage beraten werden wird.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 11/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (öffentlicher Teil) vom 01.06.2016

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 2 Sonstiges Sondervermögen Gewerbeflächen (Stadt/Land);
Jahresabschlüsse für das Wirtschaftsjahr 2015**

Vorlage Nr. 19/176-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stellt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2015 fest.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen erteilt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) der Geschäftsführung für das Wirtschaftsjahr 2015 Entlastung.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, den Jahresabschluss 2015 im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen zu veröffentlichen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 3 Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen
Jahresabschluss zum 31.12.2015
Entlastung der Geschäftsführung für das Jahr 2015**

Vorlage Nr. 19/177-L

Vorab wird eine Austauschseite 4 verteilt.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stellt in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss des Sondervermögens Fischereihafen den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2015 fest.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen erteilt in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss des Sondervermögens Fischereihafen der Geschäftsfüh-

rung Entlastung.

3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet in ihrer Eigenschaft als Sondervermögensausschuss des Sondervermögens Fischereihafen den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Prüfungsvermerk des Abschlussprüfers im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen veröffentlichen zu lassen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

An die Deputation

TOP 4 EFRE-Programm 2014-2020: Finanzinstrumente

- EFRE-Darlehensfonds und EFRE-Wagniskapitalfonds-

Vorlage Nr. 19/092-L

Vorab wird eine Austauschseite mit neuem Beschlussvorschlag verteilt (Korrektur eines Zahlendrehers).

Dep. Dr. Redder stellt die Ausgestaltung der Energieeffizienzdarlehen in Frage. **Abg. Rupp** fragt ergänzend, ob Probleme bei der EFRE-Abrechnung im Darlehensbereich zu erwarten seien. **Abg. Grobien** befürwortet die neuen Finanzinstrumente für das EFRE-Programm, bittet aber, den Mehrwert näher zu erläutern.

Herr Wiebe erklärt zunächst, der Mehrwert bestünde darin, dass Förderelemente in revolvingierenden Fonds zusammengefasst und im neuen EFRE-Programm 2014-2020 verankert würden. Damit würden sowohl politische Vorgaben vor Ort wie auch Vorgaben der EU-Kommission erfüllt. Man habe dies bereits bei der Programm-Konzipierung berücksichtigt, die von den Gremien beschlossen sei. Nunmehr sei die Konkretisierung erfolgt. Darüber werde eine EFRE-Finanzierung dieser Instrumente gesichert. Und es sei gelungen die Kofinanzierung über die Bremer Aufbau-Bank darzustellen. Explizit erfolge nunmehr auch eine forcierte Bereitstellung von Wagniskapital. Damit werde die Bereitstellung von Wagniskapital im Lande Bremen deutlich verbessert.

Mit dem Darlehensfonds werde unter anderem die Verbesserung der Energieeffizienz verfolgt; CO₂-Minderungseffekte seien nicht nur von der EU-Kommission für die Programmstruktur vorgegeben worden, sondern stellten neben positiven Umwelteffekten auch einen Faktor für eine stärkere Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dar. Für den Darlehensfonds erwarte er nicht, dass sich Probleme bei der Abrechnung ergäben.

Auf weitere Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** zu Höhe und Laufzeit im Energieeffizienzdarlehensbereich stellt **Herr Wiebe** fest, dass beide Fonds möglichst noch in diesem Jahr anlaufen sollen. Die Höhe der dafür bereitgestellten Mittel insgesamt und für die einzelnen

Förderbereiche sei aus einer extern vergebenen Ex-Ante-Evaluierung abgeleitet. Die Fondsausstattungen sollen zunächst nur bis 2019 beschlossen werden. Im Rahmen einer Halbzeitevaluierung soll dann ggf. über eine Anpassung der Art und Weise einer Fortführung entschieden werden. Dies kann dann z.B. einzelne Produkte im Fonds oder auch einen gesamten Fonds betreffen, je nach Ergebnis der Evaluierung.

Abg. Kottisch begrüßt insbesondere die verbesserte Wagniskapitalausstattung nachdrücklich und erwartet, dass sie bestehende Lücken schließen werde. Auf Nachfrage wurde darauf hingewiesen, dass im Wagniskapitalfonds zunächst mit ca. 4 Förderfällen/Jahr gerechnet werde.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die beigefügte Senatsvorlage und Beschlussfassung durch den Senat vom 5.7.2016 zur Kenntnis und stimmt der vorgeschlagenen Verwendung von EFRE-Mitteln in Höhe von insgesamt 13 Mio. Euro für die Jahre 2016 bis 2019 zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Beauftragung der Bremer-Aufbau-Bank mit der Einrichtung und dem Management des EFRE-Darlehensfonds und des EFRE-Wagniskapitalfonds zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung der beschriebenen Mittelverwendung weiterzuleiten.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt einer Nachbewilligung bei der neuzurichtenden Haushaltstelle 0709/891 30-8, Förderprogramme Darlehensfonds, in Höhe von 2.125 T€ mit einer Einsparung bei der Hst. 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv- zu.
5. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der neueinzurichtenden Haushaltsstelle 0709/891 30-8, Förderprogramme Darlehensfonds, in Höhe von 6.375 T€ zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE werden die bei den veranschlagten Haushaltsstellen 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014- 2020 -investiv-, in Höhe von 2.625 T€, 0709/686 56-9, EU-Programme EFRE 2014-2020 -konsumtiv- in Höhe von 1.820 T€ und 0706/891 21-8, Infrastrukturmaßnahmen in Bremerhaven, in Höhe von 1.930 T€ nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung der VE erfolgt in den Jahren 2017-2019 jeweils in Höhe von 2.125 T€ p.a. aus der Haushaltstelle 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-.
6. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt einer Nachbewilligung bei der neueinzurichtenden Haushaltstelle 0709/891 3-6, Förderprogramme

Wagniskapitalfonds, in Höhe von 1.125 T€ mit einer Einsparung bei der Hst. 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv- zu.

7. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung (VE) bei der neueinzurichtenden Haushaltsstelle 0709/891 31-6, Förderprogramme Wagniskapitalfonds, in Höhe von 3.375 T€ zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hst. 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-, veranschlagte VE insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung der VE erfolgt in den Jahren 2017-2019 jeweils in Höhe von 1.125 T€ p.a. aus der Haushaltstelle 0709/893 56-4, EU-Programme EFRE 2014-2020 -investiv-.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 5 WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH

Bericht zur Kostenstruktur des Geschäftsjahres 2015

Vorlage Nr. 19/178-L

Abg. Rupp bemängelt die mit der Vorlage verbundene dünne Materialbasis.

Abg. Frau Böschen reklamiert entgegen den Ausführungen in Punkt C. der Vorlage sehr wohl Genderrelevanz für den Bericht.

Dep. Dr. Redder kritisiert die Darstellung von Einnahmen mit negativen bzw. Ausgaben als positiven Zahlen.

Herr Dr. Kühling führt zu den Nachfragen und Bemerkungen aus, dass sich dieser Bericht an der Darstellung des Berichtes für das Jahr 2014 orientiere. Gender- und Frauenförderungsaspekte würden in den Controllingberichten behandelt und betrachteten diese dort an den zur Verfügung stehenden Instrumenten ausgerichtet, was auch eine angemessenere Darstellung der Instrumente der Frauenförderung ermögliche.

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Land) nimmt den Bericht zur Kostenstruktur der WFB für das Geschäftsjahr 2015 zur Kenntnis.

TOP 6 Kenntnisgabe der Vorlage "Futtermittelüberwachung: Gebührenerhebung für Regelkontrollen" aus der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

Vorlage Nr. 19/194-L

Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** stellt **Herr Dr. Kühling** fest, die Prüfung der negativen Mittelbestandsbetroffenheit durch das zuständige Referat habe ergeben, dass diese eben nicht entscheidend qualifiziert sei, um diese Gebührenerhebung abzulehnen.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage „Futtermittelüberwachung: Gebührenerhebung für Regelkontrollen“ zur Kenntnis.

TOP 7 Türkei als Zielland der bremischen Wirtschaftsförderung

Vorlage Nr. 19/195-L

Abg. Dr. vom Bruch äußert den Eindruck, aktuell bestehe mit dem Ressort und auch fraktionsübergreifend ein Konsens über die Vermeidung von politischen Schnellschüssen. Die Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei im Allgemeinen und Izmir im Besonderen sollten weiterverfolgt bzw. nicht gefährdet werden. Sollte aber die Entwicklung in eine kritische Richtung umschlagen, sollte kurzfristig über „rote Linien“ nachgedacht werden.

Abg. Bergmann berichtet, eine Universität in Izmir sei am Tag des Putsches geschlossen worden.

Abg. Fecker teilt die Einschätzungen des Abg. Dr. vom Bruch und die Aussagen in der Vorlage und rät allen Akteuren zu einem wohlüberlegten Handeln. Offen sei noch die Haltung der Handelskammer.

Abg. Frau Dogan meint, dass die lange und gute Städtepartnerschaft als Basis für ein gesundes Verhältnis zur und eine gute Entwicklung in der Türkei weiter gepflegt werden sollte. In Izmir selbst haben die Vorkommnisse einen eher besonnenen Verlauf genommen.

Abg. Rupp bemerkt, dass gefühlt, also ohne valide Daten- und Informationslage, kurz- und mittelfristig keine Verbesserung in der Türkei zu erwarten seien. Sicherlich sollte auf überhastet eingeleitete Handelsbeschränkungen verzichtet werden. Damit bleibe aber auch die Frage offen, wie eine vom Abg. Dr. vom Bruch erwähnte rote Linie ausgestaltet bzw. deren Überschreiten sanktioniert werden könnte.

Abg. Schäfer berichtet von vertrauten wechselseitigen und fruchtbaren Wirtschaftsbeziehungen mit der Türkei. Er bittet nachdrücklich, politische Probleme nicht vorschnell auf eine wirtschaftspolitische Ebene zu brechen, sondern zunächst auch um eine politische Lösung zu kämpfen.

Abg. Kottisch sieht mit der Vorlage ein mögliches Vorgehen skizziert. Auch teile er die Ausführungen des Abg. Dr. vom Bruch und warnt vor Positionen, die türkische Unternehmen in die Isolation trieben. Im Übrigen halte er die Städtepartnerschaft mit Izmir und seinen 3,5 Mio. Einwohnern für einen Glücksfall, der sich unter heutigen Bedingungen schon alleine aufgrund der unterschiedlichen Stadtgrößen sicher nicht herstellen ließe.

Senator Günthner erklärt, die Handelskammer teile im Wesentlichen die Aussagen und

Positionen der Vorlage. Er halte es für richtig, dass über das Bremer Büro in Izmir Türen in alle Richtungen geöffnet bleiben. Zuletzt sei es ja auch gelungen, ein türkisches Unternehmen neu in Bremen anzusiedeln. Gleichwohl sei es von Interesse, die Situation im Sinne der Rechtssicherheit bremischer/deutscher Unternehmen in der Türkei genau zu beobachten. Selbstverständlich sei es aber, auf eine wechselseitige Akzeptanz unter demokratischen Gepflogenheiten hinzuwirken.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.

TOP 8 Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung

Vorlage Nr. 19/174-L

Abg. Frau Böschen begrüßt die schnelle Umsetzung des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft. Es sei wichtig, dass eine entsprechende Beratungsstelle geschaffen werde, die Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und mit unterschiedlichen Voraussetzungen bei ihrer vorübergehenden Arbeitsaufnahme in Deutschland unterstütze. Es wäre wünschenswert, wenn eine Kooperation mit in anderen Bundesländern bestehenden Beratungsstellen wie z. B. Niedersachsen stattfinden würde. Dies wäre auch bei einem Wechsel der Arbeitnehmer in ein anderes Bundesland hilfreich. **Abg. Frau Böschen** weist auf die Anlage 2, Seite 2 der Vorlage hin, hier sei unter III. Steuerung bei dem Klammerzusatz ggf. DGB die Abkürzung „ggf.“ zu streichen. Wie in der Vorlage dargestellt soll eine ausführliche Evaluierung erfolgen. Es werde seine Zeit brauchen bis diese eingerichtete Beratungsstelle bekannt sei und den entsprechenden Zweck erfüllen werde.

Abg. Rupp befürwortet diese Maßnahmen, stellt jedoch die Frage, ob hier eine Besetzung von 1 ½ Stellen ausreichend sei und wie mit im Rahmen der Beratung aufkommenden Sachverhalten, die evtl. strafrechtlich relevant sein könnten, umgegangen werden soll. Er bittet weiterhin darum, die in der Anlage 2 aufgeführten Evaluierungsberichte in der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorzulegen.

Abg. Fecker zeigt sich erfreut über die Vorlage weist aber darauf hin, dass damit gerechnet werden muss, so nicht alle Probleme lösen zu können. Er bittet ebenfalls um einen Zwischenbericht. Weiterhin müsse man bedenken, dass es leichte und schwierigere Fälle geben könne, die bis hin zu Straftaten reichen. Daher sei Klärung erforderlich, wie hiermit verfahren werden solle.

Dep. Dr. Redder hält einen entsprechenden Evaluierungsbericht für sinnvoll. Er regt an, aufgrund der knappen Stellenbesetzung der Beratungsstelle enger mit Niedersachsen zu kooperieren.

Abg. Frau Böschen erkundigt sich nach Möglichkeiten zur schnellen Stellenbesetzung; damit könne die rasche Handlungsfähigkeit der Beratungsstelle gesichert werden.

Frau Jansen führt aus, dass bei der Beratungsstelle die arbeitsrechtliche Beratung ein Schwerpunkt sei. Bei strafrechtlich relevanten Problemen wäre die Bereitschaft zu einer Anzeige durch die betroffenen Arbeitnehmer notwendig. Eine Kooperation mit der Beratungsstelle in Niedersachsen sei im Konzept vorgesehen. Eine Übernahme der Beratung Bremer Fälle durch die niedersächsischen Beratungsstellen sei allerdings aufgrund der dort vorhandenen eigenen hohen Beratungsbedarfe nicht möglich gewesen. Zur Nachfrage der **Abg. Frau Bergmann** erläutert **Frau Jansen**, dass hier die Ausschreibung der entsprechenden Stellen der Beratungsstelle für mobile Beschäftigte im Bereich der Juristen umgehend erfolgen werde. Zudem werde die Sonderkommission Mindestlohn weiterhin bestehen bleiben.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Einrichtung einer Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung nach dem Konzept des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der Finanzierung aus ESF-Mitteln in Höhe von bis zu 350.386 € zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0308/686 53-1 „EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel)“ in Höhe von 350.386 € zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 9 Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen"

Vorlage Nr. 19/179-L

Die **Abg. Frau Böschen** begrüßt die Vorlage. Hier gäbe es die Möglichkeit für die Umsetzung des Programms Mittel der Jobcenter wie auch Landesmittel zu nutzen. Da Bremerhaven keine Mittel im Rahmen des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe“ zugesprochen bekommen habe, sei zu begrüßen, dass auf diesem Wege 200 Plätze (40 %) der in diesem Landesprogramm geplanten Plätze auf Bremerhaven entfallen. Die Gliederung des Landesprogramms in 3 Säulen sei richtig, allerdings müsse die öffentlich geförderte Beschäftigung in den Säulen 2 und 3 mit begleitenden Maßnahmen unterstützt werden. Zudem solle vor allem für alleinerziehende Frauen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet werden. Hier stelle sich die Frage, wie mit zurzeit fehlenden Betreuungsplätzen umgegangen werde.

Abg. Rupp zeigt sich erfreut über ein Programm, das sich mit dem Bereich der öffentlich

geförderten Beschäftigung befasst. Man müsse allerdings drauf achten, den Bereich der Zielgruppen, wie Alleinerziehende oder Langzeitarbeitslose mit zwei Vermittlungshemmnissen, nicht zu stark einzuschränken. Zudem solle man noch einmal die Quartiersbezogenheit in Bremen überprüfen, da es auch hier unterschiedliche soziale Situationen gäbe, Bremerhaven sei hier ja bereits aufgeführt. Er bittet im Beschlussvorschlag mit aufzunehmen, dass ein Bericht über die Evaluierung des Programms vorgelegt werde.

Der **Dep. Dr. Redder** regt an, mehr Stellen in privaten Betrieben statt in der Verwaltung zur Verfügung zu stellen, wie z. B. in Baden-Württemberg. Ebenfalls wichtig sei die Frage der Zielgruppe. Eine Förderung von vielen Instrumenten im Bereich der Förderung von Arbeitsverhältnissen sei zu begrüßen, nicht nur bei Voll- sondern auch Teilzeitbeschäftigung. Zudem sei die Unterstützung der Stadtteilquartiere wichtig. Er schließt sich dem Abg. Rupp an und bittet um Berichterstattung über die Evaluierung des Programms.

Abt. Frau Bergmann hebt die richtige Schwerpunktsetzung im Programm hervor. Allerdings sieht sie ein deutliches Problem darin, dass bei Menschen mit Migrationshintergrund Schul- und Berufsabschlüsse oftmals nicht anerkannt würden. Außerdem erkundigt sie sich nach dem Auswahlverfahren für die Sprach- und Kulturvermittler/innen.

Abg. Fecker begrüßt die zielgruppenorientierten Förderinstrumente des Programms und unterstreicht, dass die Entwicklung von Teilzeitangeboten für die Förderung von Alleinerziehenden eine besondere Bedeutung habe. Positiv hervorzuheben sei der quartiersbezogene Förderansatz.

Frau Jansen erläutert, dass eine passgenaue Zuweisung der Menschen in der Säule 1 „Förderung von Sprach- und Kulturmittler/innen“ schwieriger sei als in der Säule 2 und 3. Im Bereich der Kinderbetreuung von Alleinerziehenden gebe es in Absprache mit der Senatorin für Kinder und Bildung immer Lösungen für Einzelfälle. Im Bereich der Förderung von Arbeitsverhältnissen wäre es begrüßenswert, mehr private Betriebe gewinnen zu können, allerdings sei dies nach wie vor schwierig. Im Rahmen der Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen sei die Anerkennungsberatung ein gut entwickeltes Instrument. Zu den vorgesehenen Auswahlverfahren erläutert sie, dass über Assessment-Center gute Ergebnisse erzielt werden sollen. In beiden Städten gäbe es Steuerungsgruppen, mit dem Jobcenter, Unternehmensverbänden und Arbeitgeberverbänden, um Arbeitsplätze einzurichten und zuweisen zu können.

Abg. Dr. vom Bruch führt aus, dass eine der ausgewiesenen Schwerpunktgruppen im Programm die Alleinerziehenden seien. Er sieht nicht die Finanzierung als Hauptproblem, vielmehr müsse man die geeigneten Rahmenbedingungen für diese Menschen schaffen. Er regt an, hier nach einem bestimmten Zeitpunkt zu prüfen, ob tatsächlich passgenaue und aktuelle Möglichkeiten angeboten würden.

Frau Jansen führt aus, dass im Bereich der „Förderung von Sprach- und Kulturmittler/-innen“ eine Finanzierung auch aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) möglich wäre.

Senator Günthner erklärt, dass eine Zielsetzung von 50 % teilnehmenden Betrieben neben den Einrichtungen des Landes und der Stadtgemeinden, wie von dem **Dep. Dr. Redder** angeregt, wünschenswert wäre und er eine Unterstützung durch Betriebe begrüßen würde.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorschläge zur Umsetzung des Landesprogramms „Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen“ zur Kenntnis und stimmt einer entsprechenden Umsetzung zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass die Reste, die 2016 ff aus dem Landesprogramm „Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen“ entstehen und deren Liquidität im Rahmen der Jahresabschlüsse dem Gesamthaushalt zufließt, zur Ausfinanzierung in den Folgejahren mit Liquidität aus dem Gesamthaushalt hinterlegt werden.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass für die Umsetzung des Landesprogramms die erforderlichen Personalressourcen befristet extern gewonnen werden können. Die Finanzierung erfolgt aus den Programmmitteln.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt - vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses – der Aufhebung der Sperre des Haushaltsanschlags in Höhe von 2.000.000 Euro sowie der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 4.999.450 Euro bei der HH-Stelle 0305/684 65-1 „Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsförderung für langzeitarbeitslose Menschen“ zu. Die Abdeckung erfolgt in den Jahren 2017 in Höhe von 2.374.340 Euro und 2018 in Höhe von 2.625.110 Euro im Rahmen des Anschlags 2017.
5. Der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen wird nach einem Jahr ein Bericht zum Programmablauf und zum Umsetzungsstand vorgelegt.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimme des Vertreters der Fraktion der FDP.

TOP 10 Integrationsprojekt Recycle IT - Erweiterung

Vorlage Nr. 19/188-L

Beschluss:

1. Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung der Erweiterung

des Integrationsprojektes der SIWONA gGmbH mit Zuschüssen i. H. v. bis zu 31.182 € investiv und bis zu 93.925 € konsumtiv zu.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 89.230 € bei der Haushaltsstelle 0304/684 10-0 (Zuschuss an Integrationsprojekte wegen pauschalem Minderausgleich) zu. Zum Ausgleich der benötigten Verpflichtungsermächtigung wird die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0301/686 68-4 Zahlungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz herangezogen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 11 Integrationsprojekt Service & Booking Center Bremen

Vorlage Nr. 19/189-L

Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder** erklärt **Frau Jansen**, dass die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projektes durch die Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte GmbH (FAF) bewertet wurde, die alle Integrationsprojekte in Deutschland beurteilt. Dabei sei die mögliche Förderung mit eingezogen worden.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung des Integrationsprojektes Service & Booking Center Bremen der „DJH Gemeinsam Arbeiten gGmbH“ mit Zuschüssen i. H. v. bis zu 60.000 € investiv und bis zu 132.000 € konsumtiv zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 125.400 € bei der Haushaltsstelle 0304/684 10-0 (Zuschuss an Integrationsprojekte wegen pauschalem Minderausgleich) zu. Zum Ausgleich der benötigten Verpflichtungsermächtigung wird die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 0301/686 68-4 Zahlungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz herangezogen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 12 Forschungsvorhaben ReIntegraRob - Abschlussbericht

Vorlage Nr. 19/180-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Abschlussbericht zur Kenntnis.

TOP 13 Ausschöpfung der Eingliederungstitel in den Jobcentern (JC) Bremen und Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/190-L

Der **Abg. Kottisch** begrüßt Frau Ahlers, Geschäftsführerin des Jobcenter Bremens, sowie Herrn Bartau, stellvertretender Leiter des Jobcenters Bremerhaven.

Der **Abg. Rupp** fragt nach, wie eine möglichst große Ausschöpfung des Eingliederungstitels noch in diesem Jahr mit dem zusätzlich zugewiesenen Geld erfolgen könne. Vor dem Hintergrund der auch in Vorjahren bereits kritischen Situation müsse es doch Möglichkeiten geben, die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel entsprechend einsetzen zu können. Er äußert sein Unverständnis darüber, dass zu diesem Punkt in der Vorlage keine Lösung aufgezeigt werde.

Abg. Frau Böschen stellt fest, dass die derzeitige Situation nicht zufriedenstellend sei. Es werde zwar mehr Geld für Maßnahmen aufgewandt, da die Bewilligung vom Bund aber erst im April dieses Jahres erfolgt sei, werde es fast unmöglich für das Jahr 2016 noch weitere zusätzliche Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Es sei zu überlegen, Anträge in die Bremische Bürgerschaft einzubringen, um so auf den Bund einwirken zu können, die zeitlichen Abläufe zu ändern.

Frau Jansen führt hierzu aus, dass es für die Jobcenter nicht möglich sei so kurzfristig noch zu reagieren. Verpflichtungsermächtigungen gäbe es in diesem Fall leider nicht. Durch die vorhandene Flüchtlingssituation sei nun noch mehr Geld vom Bund überwiesen worden. Eine Ausschöpfung solcher Mittel sei nur möglich, wenn dies vorher entsprechend zeitlich angekündigt würde. Zur vollen Ausschöpfung der Mittel müssten Strukturen geändert werden, dies sei jedoch nur politisch erreichbar. Im Ländervergleich liege die Ausschöpfungsquote Bremens an zweiter Stelle.

Abg. Frau Bergmann stellt fest, es sei unbefriedigend, dass keine flexiblen Instrumente zur Verfügung stünden, um in einem solchen Fall entsprechend reagieren zu können. Im Vergleich zu anderen Bundesländern könne Bremen es sich nicht leisten, nicht verausgabte Gelder wieder zurückzuzahlen.

Abg. Fecker weist darauf hin, dass das Problem der Ausschöpfung des Eingliederungstitels nicht neu sei; eine alleinige Aufstockung des Budgets reiche nicht aus, es müsse auch eine entsprechende Umsetzung erfolgen. Weiterhin teile er die Auffassung von Frau Jansen, dass es sinnvoll sei, an der Übertragbarkeit der Mittel zu arbeiten.

Abg. Rupp wirft die Frage auf, ob es die Möglichkeit einer landeseigenen Trägerschaft gäbe, so bestünde vielleicht die Chance, erst im April eines Jahres zugewiesene Mittel besser umzulenken. Er sieht neben den Jobcentern Bremen und Bremerhaven auch die

an der Trägerschaft der Jobcenter beteiligten Ressorts in der Pflicht, eine Lösung zu finden und dies nicht ausschließlich dem Bund zuzuschreiben.

Abg. Reinken merkt an, dass man sehen müsse, welche regionalen Möglichkeiten man ausschöpfen könne. Man sollte sich auf die Frage konzentrieren, was man bundespolitisch bewirken könne, um bei dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesfinanzministerium eine andere Form der Übertragung von Mitteln zu ermöglichen.

Frau Ahlers erläutert hierzu, die Vorgaben der Bundesgesetzgebung seien die Grundlage der Arbeitslosenförderung. In diesem Jahr seien bereits 7 Mio. Euro mehr ausgegeben worden wie zum gleichen Zeitpunkt im letzten Jahr. Man sei bei der Einsetzung der Mittel allerdings an die Vorgaben des Bundes zum SGB II gebunden. Im Jobcenter wurde bereits intern mit Mitarbeitern eine sog. „Task-Force“ gegründet, um herauszuarbeiten, wie Strukturen verbessert bzw. Vereinfachungen geschaffen werden könnten. Im Vergleich zu anderen Städten sei Bremen aktuell bei einem Ausschöpfungsgrad von 53,1 % im Vergleich zu Hamburg 54 % und Hannover 47,5 %. Zurzeit würde nach linearer Hochrechnung ein Ausschöpfungsgrad von ca. 85 % in Bremen erreicht werden können. Die Möglichkeit, eine Verpflichtungsermächtigung für die Mittel zu erhalten, wäre sehr zu begrüßen, derzeit könne das zugewiesene Geld nur bis zum 31.12.2016 ausgegeben werden.

Herr Bartau stellt fest, dass für Bremerhaven ein Viertel mehr an Geld zur Verfügung stehe. Hier wurde eine Nachplanung für diese Mittel aufgelegt, man sei allerdings, wie von Frau Ahlers bereits ausgeführt, an die Vorgaben des Bundes gebunden. Es gäbe ein wöchentliches Controlling. Wenn Maßnahmen wie geplant realisiert werden könnten, sei eine Ausschöpfungsquote von ca. 91 % möglich. Es werde so viel wie möglich gefördert, was in dem vorgegebenen Rahmen machbar sei. Notwendig sei auch die berufliche Weiterbildung deutlich attraktiver zu gestalten, damit sich hier die Nachfrage erhöhe.

Abg. Schäfer merkt an, dass es jetzt viele Möglichkeiten zur Förderung bei den Jobcentern gäbe, auch wenn die Ansätze der Bundesförderung zu hoch waren. Dass ggf. Mittel an den Bund zurückfließen würde, sei nicht negativ zu bewerten, da diese Mittel dann anderweitig verwendbar wären.

Abg. Rupp weist darauf hin, dass es in Bremen und Bremerhaven immer noch eine hohe Arbeitslosenquote gebe. Er stellt die Frage, wie einer ähnlichen Situation im Jahr 2017 entgegengewirkt werden könne und welche Maßnahmen geschaffen werden müssten, um das zurückfließende Geld minimieren zu können. Er regt an, dieses Thema noch einmal zu diskutieren und erwartet Lösungsansätze, die eine flexible Steuerung ermöglichen.

Frau Ahlers fügt hinzu, dass unter anderen Rahmenbedingungen und mit mehr Zeit bes-

sere Angebote gemacht werden könnten. Man gehe davon aus, dass im kommenden Jahr Fördermittel im gleichen Umfang wie in diesem Jahr fließen könnten, es ergäbe sich aber eine andere Situation, da bereits in diesem Jahr viele Bindungen eingegangen wurden. Auf Nachfrage der **Abg. Bergmann** erklärt **Frau Ahlers**, dass das Landesprogramm „Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen“ aus diesem Budget in 2016 nur für zwei Monate mit gefördert werden könne.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 14 Geänderte Investitions- und Auftragsplanung für die Lloyd-Werft

Tischvorlage Nr. 19/192-L

Vorab wird die Tischvorlage verteilt.

Staatsrat Siering erläutert die Tischvorlage, die insbesondere Fragestellungen der CDU-Fraktion behandle, die im Zuge der Aktivitäten und Entscheidungen der Genting-Group aufgekommen seien.

Nachdem die Genting-Group im Juli 2016 beschlossen habe, ihre Neubauaktivitäten im Osten zu konzentrieren, seien MdB Beckmeyer, Senator Günthner sowie OB Grantz auf die Genting-Group zur Klärung der Situation zugegangen. In einem Gespräch verdeutlichte die Genting-Group, die mit dem Kauf der Werft verbundene Verantwortung anzunehmen und diese zu einem wirtschaftlichen Erfolg zu führen; die Genting-Group sehe die Hauptperspektive der Lloyd-Werft im Reparatur- und Wartungsbetrieb; es gebe laut Genting auch eine gute Perspektive für kurzfristige Reparaturaufträge zur Beschäftigungssicherung, und das Kompetenzzentrum werde im Konzern für das Engineering von Projekten genutzt werden. Das Ressort verstehe diese Punkte als Bekenntnis der Genting Group zur Werft und ihrem Standort.

Die Kajensanierung im Kaiserhafen stehe mit der Entwicklung der Werft aber nur in mittelbarem Zusammenhang. Entscheidend sei, dass diese schon beihilferechtlich nicht nur für ein Unternehmen zulässig gewesen wäre; vielmehr habe eine Überprüfung der Kaje ergeben, dass eine Sanierung erforderlich sei, und somit seien Planung und Neubau der Kaje zur Sicherung des Hafen- und Schiffbaustandortes in Angriff genommen worden.

Herr Peters führt weiter aus, dass die Deputation seit 2014 verschiedentlich mit dem Thema der Kaje im Kaiserhafen III begrüßt worden sei. Im Herbst 2014 sei dargelegt worden, dass die Lebensdauer der Kaje überschritten sei; in diesem Zuge seien Planungsmittel von 500.000 € freigegeben und eine ES-Bau beauftragt worden. Im Dezember 2015 seien dann die Investitionsmittel für den öffentlichen Bereich der Kaje beschlossen worden. Nach der jetzigen Situation werde zwar die ursprünglich geplante von der Werft zu finan-

zierende Suprastruktur nicht realisiert; dies ändere jedoch nichts der Notwendigkeit eines Ersatzneubaus, da ein Zusammenbruch das gesamte Hafenbecken des Kaiserhafens III blockieren würde.

Abg. Rupp verweist auf die Diskussion im Hafenausschuss, in der er eine weitere Berichterstattung über den Fortgang der Sanierung der Kaje erbeten hatte; dieser Bericht sollte auch der Deputation vorgelegt werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vorliegenden Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Kenntnis.

TOP 15 Aktuelles

Sachstandsbericht Offshore Terminal Bremerhaven (OTB)

Vorlage Nr. 19/215-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Sachstandsbericht zum OTB des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 08.08.2016 zur Kenntnis.

Sachstand Finanzierung Jacobs Universität Bremen

Vorlage Nr. 19/216-L

Abg. Rupp bemerkt, nach Rechnung seiner Fraktion seien noch ein Darlehen in Höhe von rund 38 Mio. € sowie dessen Rückzahlungsmodalitäten offen.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Sachstandsbericht zur Jacobs University Bremen gGmbH für das Jahr 2015 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage über Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 16 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kottisch schließt die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Kottisch
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Für TOP 8-13
Stellmacher

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Stand: 30.08.2016

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	25.045.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	5.953.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.228.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	4.778.500	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	0
Programm insgesamt	96.840.070	44.126.258	0

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

Vorhabenliste

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmaking / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	0
6	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0
7	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie-Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015					
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN) Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	2 3	2016/2017 2016/ 2017	915.000 478.904	0 0
10	Deputation SWAH HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmaking und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Deputation SWAH HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	0
15	Deputation SWAH HaFA	10.08.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE-Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	0 0 0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 10.08.2016)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 10.02.2016
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich, Ende 2016
13.	Arbeitsmarktförderung von Alleinerziehenden - Zielerreichung der Beratungsstrukturen, Abbruchgründe - Analyse und Konzept	10.02.2016	Abg. Frau Böschen Abg. Rupp	6 Monate nach Beratung in der Brem. Bürgerschaft im April 2016 07.09.2016
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
17.	Maßnahmen und Zusammenarbeit der Ressorts WAH und SUBV zur Förderung des Fahrradtourismus	11.05.2016	Abg. Kottisch	Zweite Jahreshälfte 2016
18.	Weiterentwicklung der Zentralen Service- und Koordinierungsstelle für Bauvergaben Zeit- und Maßnahmenplan	11.05.2016	Abg. Kastendiek Abg. Fecker/Kottisch	26.10.2016
19.	Neuaufstellung einer beihilfekonformen bremischen Hafenfinanzierung / Aktualisierung des Sachstandes zum Prüfverfahren der Kommission	11.05.2016	Abg. Kastendiek	November/Dezember 2016
20.	Entwicklung des Luftfahrtstandortes Bremen Einschätzung durch den GF der Flughafen Bremen GmbH	11.05.2016	Abg. Fecker Abg. Kastendiek	
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
22.	Landesprogramm "Perspektive Arbeit: Öffentlich geförderte Beschäftigung für 500 Langzeitarbeitslose im Land Bremen" Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp Abg. Fecker	zum Sommer 2017
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	